

„Manche glauben lieber Doktor Google“

Wolfgang Sobotka. Im Februar will die Regierung eine Impfpflicht einführen. Anders als manche ÖVP-Vertreter macht der Nationalratspräsident keine Schuldzuweisungen, kritisiert aber Irrationalitäten

K Interview

VON RAFFAELA LINDORFER

Wolfgang Sobotka, Nationalratspräsident der ÖVP, ist für sein Temperament berühmt. In der Impfdebatte ärgern ihn aktuell aber nicht die Ungeimpften, sondern jene, die mit dem Finger auf sie zeigen. Ein flammendes Plädoyer.

KURIER: Polizeihubschrauber, die Pfizer auf Demonstranten sprühen: Müssen Sie als Ex-Innenminister bei solchen Verschwörungstheorien ein wenig schmünzeln?

Wolfgang Sobotka: Nein, und ich halte auch nichts davon, diese Leute auszulachen und mit dem Finger auf sie zu zeigen – da zeigen nämlich drei Finger zurück. Wir sollten lieber auf sie zugehen und ihnen sagen: Nein, die Polizei sprüht kein Pfizer. Man will niemandem etwas zuleide tun.

Wie konnte es zu solchen Auswüchsen kommen?

Es ist ein Ausdruck dessen, wie sich unsere Gesellschaft entwickelt hat. Die Wissenschaft genießt nicht den Respekt, den sie verdient – manche Leute glauben lieber dem Doktor Google. Dieser Irrationalismus hängt mit unserem Versorgungsstaat zusammen. Eigenverantwortung ist etwas, wonach sich mancher Österreicher nicht sehnt.

Hätten wir von Anfang an eine Impfpflicht gebraucht?

Dieses „hätten wir doch“ bringt uns nicht weiter. Hören wir auf, immer einen Schuldigen zu suchen! Ja, die Politik trägt sehr große Verantwortung. Die Wissenschaftler haben zuerst gesagt, die Impfung hält ein Jahr, jetzt sind wir bei vier Monaten. Das heißt nicht, dass sie vorher falsch gelegen sind, sondern dass sie jetzt neue Erkenntnisse haben.

Und dennoch: Viele haben das Gefühl, dass man sich nicht darauf verlassen kann, was Wissenschaftler und Politiker erzählen ...



Sobotka: „Hören wir auf, immer einen Schuldigen zu suchen! Das bringt uns nicht weiter“

Politiker entscheiden doch nicht so, weil sie lustig sind. Wenn es neue Erkenntnisse gibt, dann ändern sich die Dinge. Das ist normal. Anstatt das zu erkennen, wollen wir unbedingt jemanden an den Pranger stellen, um uns selbst zu exkulpieren. Gehen deswegen mehr Leute impfen? Nein! Wir müssen jetzt die Zeit bis Februar nutzen, um noch möglichst viele zur Impfung zu bringen.

Und wie?

Wir brauchen Daten, damit wir wissen, wo wir aktiv werden müssen. Es muss uns gelingen, die Menschen dort zu motivieren und zu informieren – über Standesvertre-

tungen, Communities, Religionsgemeinschaften, aber auch über politische Verbände. Deswegen wäre ein politischer Schulterschluss so wichtig, weil er Sicherheit gibt.

Kennen Sie Ungeimpfte?

Ja, das sind Menschen, von denen man es nie erwarten würde. Die einen haben Ängste, andere sind einfach sorglos. Ich halte nichts davon, sie in ein Eck zu stellen. Damit gibt man Impfgegnern die Gelegenheit, sie für sich einzunehmen.

Besteht durch die Impfpflicht ab Februar nicht die Gefahr, dass sich die Impfgegner noch mehr versteifen?

Impfgegner wird es bis zum Schluss geben, aber es sind sicher nicht die derzeit ungeimpften 30 Prozent. Das ist eine kleine Gruppe, die besonders laut schreit. Ich verstehe nicht, was das Problem mit dem Begriff „Pflicht“ ist. Jeder Bürger hat Rechte und Pflichten. Die Grundrechte des Einzelnen sind kein Freifahrtschein für Egoismus und Rücksichtslosigkeit.

In einschlägigen Gruppen hält man die Impfpflicht für einen Bluff. Können Sie garantieren, dass sie kommt?

Vom heutigen Standpunkt spricht alles dafür. Wir dürfen die Impfpflicht jetzt nicht übers Knie brechen. Wir brau-

Fahrplan

Ab diesem Wochenende starten die Verhandlungen zur Impfpflicht zwischen Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein (Grüne), Verfassungsdirektorin Karoline Edtstadler (ÖVP) und den Klubchefs Sigrid Maurer und August Wöginger mit Pamela Rendi-Wagner (SPÖ) und Beate Meindl-Reisinger (Neos)

Bis Mitte Dezember soll das Gesetz in Begutachtung geschickt werden. Für wie viele Wochen ist noch unklar

Im Jänner könnte eine Sondersitzung im Nationalrat und anschließend im Bundesrat einberufen werden, um das Gesetz zu beschließen

Am 1. Februar soll die Impfpflicht in Kraft treten

Die Sanktion für Ungeimpfte soll eine Verwaltungsstrafe werden. Höchstsatz sind 3.600 Euro, dem Vernehmen nach setzt man beim Erstverstoß aber niedriger an. Unklar ist noch, ob die Polizei nur im öffentlichen Raum kontrolliert oder ob zusätzlich das Melde- mit dem Impfgeregister abgeglichen wird, um Ungeimpfte herauszufiltern

chen einen breiten Konsens und einen ordentlichen parlamentarischen Prozess. Vier Parteien (ÖVP, Grüne, SPÖ und Neos, Anm.) sind willens, zu diskutieren. Die FPÖ sehe ich leider noch nicht im Boot.

Was erwarten Sie von der FPÖ und von Herbert Kickl?

Was Herbert Kickl macht, ist fahrlässig. Und ich glaube, die FPÖ wird von ihm in Geiselhaft genommen. Momentan werden die Instrumente (Lockdown und Impfpflicht) bekämpft, aber leider konnte mir noch kein Freiheitlicher ein besseres Instrument sagen, um die Krise in den Griff zu bekommen. Das muss unser gemeinsames Ziel sein.

41 Prozent mehr Antidepressiva, deutlich weniger Hausarzt-Besuche

Jugendliche. Die Pandemie habe tief in die Kinder- und Jugendgesundheit eingegriffen. „Weniger durch die Infektion selbst als durch Kollateralevents“, sagte Reinhold Kerbl, Generalsekretär der Österr. Gesellschaft für Kinder- und Jugendheilkunde bei einer Konferenz der Sozialversicherungsträger. Expertinnen und Experten diskutierten online die Auswirkungen der Pandemie auf die Kinder- und Jugendgesundheit.

64 Prozent weniger Besuche beim Hausarzt, 41 Prozent mehr Antidepressiva: „Das sind zwei Eckzahlen, die zeigen, wie die Corona-Pandemie die Kinder- und Jugendgesundheit beeinflusst hat“, sagte Peter Lehner, Co-Vorsitzender der Konferenz. Pandemie dürfe nicht „als singuläres Ereignis gesehen werden“. Corona zeige die Schwachstellen und Defizite schonungslos auf, warnte Lehner und forderte: „Gesundheitskompetenz gehört in die Klassenzimmer und in den Unterricht.“ Kerbl forderte so viel Normalität wie möglich und das Nachholen von Versäumtem: „Bildungsdefizite, Impflücken, verspätete Diagnostik und Therapie, eingeschränkte Sozialerfahrungen, Bewegungsmangel und überlange Bildschirmzeiten können sich langfristig negativ auswirken.“

Caroline Culen von der Liga für Kinder- und Jugendgesundheit unterstrich, dass die psychische Gesundheit, das Gesundheitsrisiko Kinderarmut sowie chancengerechte Bildung und soziale Lernerfahrungen besondere Aufmerksamkeit brauchen. „Ungleichheiten werden größer, die soziale Chancengerechtigkeit verringert sich.“



Culen: „Kinderarmut und chancengerechte Bildung beachten“

EU-Behörde und Nationales Impfgremium empfehlen Impfung ab fünf Jahren

Eigener Kinderimpfstoff ab Ende Dezember. Unterrichtsminister Faßmann bietet Bundesländer Schularzthilfe an

Grünes Licht. Am Donnerstag ging es Schlag auf Schlag: Um 13 Uhr gab die Europäische Arzneimittelagentur EMA im Amsterdam grünes Licht für den Corona-Impfstoff von Biontech/Pfizer bei Kindern im Alter von fünf bis elf Jahren. Um 16 Uhr wurde bekannt, dass auch das Nationale Impfgremium die Impfung empfiehlt. „Mich freut das ganz besonders, nicht nur als Arzt und Gesundheitsminister, sondern als Vater von zwei Kindern“, sagte Wolfgang Mückstein.

Bis Jahresende soll Österreich 258.000 Dosen des Kinderimpfstoffes erhalten. Bis dahin ist es möglich, Kinder weiterhin mit einem Drittel der Erwachsenen-Dosis zu impfen, erklärte Ursula Wiedermann-Schmidt,

258.000 Dosen des Kinderimpfstoffes sollen bis Jahresende nach Österreich geliefert werden

Leiterin des Nationalen Impfgremiums (NIG). „In den USA sind 3,3 Millionen Kinder einmal und mehr als 130.000 Kinder zwei Mal geimpft. Es gibt keine Meldungen von Nebenwirkungen oder besonderen Signalen, die gegen die Impfung sprechen würden.“ Die Kinder sollten sich aber drei Tage lang nach der Impfung

körperlich schonen und eine Woche lang sportliche Aktivitäten einschränken: Damit soll verhindert werden, dass es zu einer Herzmuskelentzündung kommt.

Der Wiener Kinderarzt Peter Voitl hat bereits zahlreiche Kinder geimpft: „Außer den normalen banalen Impfreaktionen haben wir nichts gese-

hen.“ Meldungen vermehrter Herzmuskelentzündungen gab es bei Kindern bisher keine. Voitl: „Beim männlichen Jugendlichen wurden sie berichtet, aber viel seltener und viel weniger schwerwiegend als bei einer Corona-Infektion selbst. Dort sind sie häufiger und schwerer.“

Andere Mischung

Bisher wurde Kindern ein Drittel einer Erwachsenendosis verabreicht: 10 Mikrogramm mRNA in 0,1 ml Lösung. Der Kinderimpfstoff enthält auch 10 Mikrogramm mRNA, aber in 0,2 ml – was die Verabreichung erleichtert. Außerdem wird eine andere Pufferlösung verwendet, die eine längere Haltbarkeit bei Kühlschranktemperatur ermöglicht. Puffer-

lösungen braucht es, um den pH-Wert konstant zu halten. „Sie sind inaktiv und haben keinerlei Auswirkungen auf das Immunsystem oder die Impfreaktionen“, sagt Kinderarzt Karl Zwiauer.

Marco Cavaleri, Leiter der EMA-Abteilung für Impfstoffstrategie, sagte, dass es sich EU-weit bei der Mehrheit der Kinder, die mit einer Covid-Erkrankung in einem Spital aufgenommen werden, um zuvor gesunde Kinder handelt. Und 70 Prozent der Kinder, die wegen dem Entzündungssyndrom PIMS ins Spital kamen, müssten auf der Intensivstation behandelt werden. Was Langzeitfolgen einer Erkrankung (Long Covid) betreffe, habe er den Eindruck, dass „wir derzeit erst

die Spitze des Eisbergs“ sehen. Voitl spricht von „sechs bis zehn Prozent“ der Kinder, die mindestens zwölf Monate – oder auch über Monate – an Geruchs- und Geschmackstörungen leiden.

In einem Brief an die Landeshauptleute bietet ihnen Unterrichtsminister Heinz Faßmann „seitens des Bildungsministeriums ... unsere Unterstützung durch den schulärztlichen Dienst bei der Aufklärung, Beratung und Durchführung von Impfungen gegen Covid-19“ an. „Die rund 640 Bundesschulärztinnen und Bundesschulärzte stehen gerne bereit, um Impfkampagnen für die jüngeren Altersgruppen zu unterstützen.“

KAA, EGE, EM